

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Schuljahr ist beinahe vorbei und wir warten noch immer darauf, dass die Zentralmatura endgültig in ihren Details fixiert ist. Dennoch haben beinahe 90% der österreichischen AHS in der einen oder anderen Form nach dem reformierten Maturamodus geprüft. Im Fach Englisch läuft die zentrale schriftliche RP schon länger. Dabei wurden etliche Ungeheimtheiten sichtbar. Die *Steile Zeit* bringt dazu (von einem ungenannt bleiben wollenden Schreiber) eine kritische Betrachtung.

Ein schulpolitisches Schwerpunktthema war in den vergangenen Jahre die Reform der Lehrer- bzw. Pädagogenausbildung. Zuletzt hat die SPÖ-ÖVP-Regierung Leitlinien einer Reform fixiert. Wir bringen eine Zusammenstellung der wesentlichen Änderungen der Pädagogenbildung Neu.

Über ein Jahr schon laufen die Dienstrechtsverhandlungen mit dem Dienstgeber. Wir haben in den letzten Ausgaben immer wieder über die eher seltsam geführten Verhandlungen berichtet. Man vereinbarte Stillschweigen, doch gerade der Dienstgeber versorgte die Presse regelmäßig mit Details aus den Gesprächen, während die Gewerkschaftsverhandler sich an das Schweigegebot hielten. Nun soll noch knapp vor der Wahl ein Dienst- und Besoldungsrecht Neu beschlossen werden, der Bundeskanzler selber will in Aktion treten. Wir informieren knapp, wie der aktuelle Stand bezüglich der Dienstrechtsverhandlungen ist.

Zu hoffen ist, dass sich die Gewerkschaft von der Drohung des Bundeskanzlers, das neue Lehrer- und Besoldungsdienstrecht, das ja weitgehend ein Lehrersparpaket ist, nicht einschüchtern lässt. Was der

österreichischen Lehrerschaft blühen könnte, zeigt ein Blick auf Dänemark. Was dort ablief, beschreibt in einem Artikel Andreas Chvatal. Und wie der aktuelle Stand bezüglich der Dienstrechtsverhandlungen hierzulande ist, darüber informieren wir knapp.

Demokratische Vorgangsweisen scheinen für die Politik lästig zu sein. Da müsste man ja geplante Veränderungen konsistent begründen. Aber dies liegt nicht im Trend der Zeit: Die ZRP entmündigt den unterrichtenden Lehrer, die Personalhoheit entzieht dem Bewerber die Möglichkeit auf fixe Kriterien zu pochen-das alles Entscheidende ist es, ob der Schulleiter befindet, dass man „dazu passt“. Und Schulen können nicht mehr erwarten, dass fixe Zusagen der vorgesetzten Behörde über Entwicklungsmöglichkeiten halten, wie ein Bericht über die jahrzehntelange Herbergsuche des Abendgymnasiums untermauert.

So bleibt mir nur noch allen erholsame Ferien zu wünschen. Wir haben sie verdient. Vergessen wir nicht, LehrerInnen sind Saisonarbeiter, die in den 39 Wochen Unterrichtszeit die Jahresarbeitszeit des Öffentlichen Dienstes erbringen, wie das zuletzt die Arbeitszeitstudie aus dem Jahr 2000 bestätigte, eine Studie, die unser Dienstgeber mitfinanziert hat.

In dieser Ausgabe:

Editorial	1
Was wiegts	2-3
Zentralmatura	3,4
Dänemark	5-6
Lehrerausbildung	7-8

Richard Huber

Impressum:
E.H.V.: Österr. LehrerInnen-Initiative – Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie (ÖLI-UG) 4643 Pettenbach, Dürndorf 138.
ÖLI-ZVR-Zahl 125480687
Verantwortl. f. diese Ausgabe: Richard Huber, Peterstalstraße 63, 8042 Graz.
Rückläufer an Richard Huber



„Was wiegts, das hats“

Wenn das nur auch für Zusagen des LSR für Stmk gelten würde

Mag. Richard Huber

Die folgende Geschichte über die Standortsuche des Abendgymnasiums ist sehr aufschlussreich was Vereinbarungen und Versprechungen der vorgesetzten Behörde betrifft.

1988 zog das Gymnasium für Berufstätige zusammen mit dem Akademischen Gymnasium für kurze Zeit zwei Jahre wie es hieß- an den Standort Ortweinplatz wegen Renovierungs- und Umbauarbeiten am Gebäude am Tummelplatz. Bald nach dem Umzug signalisierte man dem Abendgymnasium, dass es am Ortweinplatz verbleiben würde. Aber dann wurde entschieden, dass die Schule für Mode- und Bekleidungstechnik, sowie das Pädagogische Institut an diesen Standort verlegt werden. Das Abendgymnasium sollte hinter den Bahnhof in die Dreierschützengasse verlegt werden, was von der Schulgemeinschaft wegen der Randlage und der damit verbundenen schlechten Verkehrsanbindungen am Abend vehement abgelehnt wurde. Es wäre nun notwendig gewesen, einen Verwaltungstrakt für das Gymnasium für Berufstätige zu bauen. Dies sollte ebenso wie ein benötigter Physiksaal - über dem geplanten Turnsaal im Innenhof errichtet werden. 1994 siedelte das Gymnasium für Berufstätige in das BG Lichtenfelsgasse, für die Zeit des Umbaus am Standort Ortweinplatz, wie sowohl dem Abendgymnasium als auch dem Lichtenfelsgymnasium versprochen wurde.

Daraus wurden **16 Jahre**. Angedacht, in Aussicht gestellt wurden in diesen 16 Jahren noch Varianten wie Unterbringung in einem ausgebauten Seebachergymnasium, der Standort Vinzentinum, der Standort Fachhochschule Joanneum, und zu guter Letzt die pädagogische Akademie in Eggenberg. Keine einzige Variante wurde vom LSR umgesetzt. Immer wieder wurde die Schule vertröstet.

Als im Frühjahr 2009 aus dem LSR angedeutet wurde, dass der Standort der GIBS in der Marschallgasse als neuer Standort des Abendgymnasiums in Aussicht stehe, wollte das die Schulgemeinschaft anfangs kaum glauben. Zwei Jahrzehnte der leeren Versprechungen hatten ihre Spuren in der Kollegenschaft hinterlassen.

Aber dieses Mal sollte es wahr werden. Laut den pädagogischen Vorgesetzten sollten die Räumlichkeiten tagsüber durch den LSR, bzw. dislozierte Klassen eines städtischen Gymnasiums genutzt werden, aber das Abendgymnasium hätte weitestgehend freie Gestaltungsmöglichkeiten. Am 30. Oktober verkündete der amtsführende Präsident Mag. Wolfgang Erlitz bei seiner Rede zur 80-Jahr-Feier des Abendgymnasiums in den Minoritensälen feierlich, dass der Standort Marschallgasse die neue Heimat mit Entwicklungspotential für das Gymnasium für Berufstätige sein werde.

Am Tag nach der „Frohbotschaft“ erfuhr die Schule aus der Zeitung, dass statt der angedachten Zweitnutzung (siehe oben) der Ganztagschulversuch KLEX-NMS in der Marschallgasse untergebracht werden sollte- also doch nicht voll informiert. Ein interessantes Projekt, aber wie sollte eine Ganztagschule bei den knappen Raumkapazitäten des Standortes untergebracht werden? Die Bedenken der Vertreter des Abendgymnasiums wurden in einer Besprechungsrunde von Vertretern des Abendgymnasiums und der Klex unter Vorsitz von Präsident Erlitz beiseite gewischt: es wären nur 8 Klassen wurde argumentiert. Falsch informiert, wie sich im Frühjahr 2010 herausstellte: da wurde der Raumbedarf mit 12 Klassen fixiert.

Eine gerüchteweise kolportierte Fortsetzung der NMS in eine Oberstufe wurde damals dezidiert ausgeschlossen, die einen Schülerrückgang befürchtenden AHS-Standorte in der Umgebung damit beruhigt.

Es vergingen gerade einmal zweieinhalb Schuljahre, dass sich auch diese Festlegung des Amtes als substanzlos herausstellte. Im Januar 2013 schlug es wie eine Bombe ein: die Klex plane doch eine Oberstufe an diesem Standort. Eine Begehung der Örtlichkeiten im Januar dieses Jahres durch den Präsidenten und Dir Tasch ohne die Schulleiterin des Abendgymnasiums, das in massiver Weise durch die Umsetzung dieses Plans betroffen wäre, in irgendeiner Weise zu kontaktieren, wirft wohl ein bezeichnendes Licht auf die ganze Geschichte, die von Fehlinformationen, Zurückhalten von Informationen, Übergehen von Gesprächspartnern gekennzeichnet ist.

Wo bleibt die Verantwortung des Amtes, der amtsführenden Präsidenten gegenüber einer Schule, die seit mehr als 20 Jahren darauf warten musste, einen Standort mit Qualität zu erhalten.

Die Verantwortlichen im LSR, so scheint es, stehlen sich aus der Verantwortung: Da gibt es ein „offizielles“ vom Amt festgelegtes Raumnutzungskonzept für den Standort Marschallgasse, das ganz klar die Raumnutzung durch die eine oder andere Schule festlegt, ebenso wie die gemeinsam zu benutzenden Räumlichkeiten, und das wird einfach „vergessen“. Die Vertreter der Klex scheinen von ganz anderen Raumkonzepten auszugehen als vom derzeit geltenden.

Sind manche Schulen „gleicher?“. Das Abendgymnasium, das bildungsbenachteiligten Gruppen als Institution der „second-chance education“ einen Weg zur Rei-

feprüfung bietet, seien es junge Menschen mit Migrationshintergrund, Schulabbrecher, junge Mütter, Menschen, die schon lange im Beruf stehen und sich höher qualifizieren wollen, ist offenbar politisch nicht so gut zu vermarkten wie das Prestigeobjekt KLEX.

Knapp eine Handvoll amtsführender Präsidenten des LSR für Steiermark haben das Abendgymnasium bei seiner Herbergssuche begleitet. Ob die neue amtsführende Präsidentin ein anderes Verständnis von Vereinbarungskultur hat, wird sich erst zeigen. Handschlagqualität, respektvoller Umgang mit den Schulpartnern sind das Fremdwörter für die politischen Verantwortungsträger und wird der Vertrauensverlust der Betroffenen in die Verlässlichkeit von Politik einfach in Kauf genommen?

Lehrerdienstrecht – Der aktuelle Stand der Dinge

Ein Kurzkomentar der Steli-Redaktion

Fortsetzung Seite 6

Mehr als ein Jahr laufen nun schon die Verhandlungen zwischen ministeriellen Beamten und Gewerkschaftern über das neue Lehrerdienstrecht. Bisweilen gesellten sich auch die Ministerinnen Schmied, Heinisch-Hosak und Fekter hinzu, doch nach 27 Runden stand nur eines fest – es sollte zumindest noch ein weiteres Treffen geben. Die längste Zeit standen sich Regierungs- und Gewerkschaftsverhandler in starrer Frontstellung gegenüber. Als Strategie wollen die Medienvertreter auf beiden Seiten beobachtet haben: Wer sich zuerst aus der Stellung rührt, hat verloren!

Als größte Brocken gelten die Erhöhung der Lehrverpflichtung auf 24 Stunden, die Lebensverdienstsumme und die Frage nach dem Supportpersonal. Eine Lehrverpflichtungserhöhung lehnte die Gewerkschaft bis zuletzt kategorisch ab. Reserviert steht sie auch den Möglichkeiten der Gehaltsaufbesserung durch Zulagen gegenüber.

Ebenso gibt es erhebliche Divergenzen, was das berufliche Lebens Einkommen betrifft. Das neue Schema sieht ein erhöhtes Einstiegsgehalt von € 2420.-, ein maximales Endgehalt von 4330.- (beides brutto) vor, übrigens unabhängig von Ausbildung, Schultyp, Fach. Eine abgeflachte Gehaltskurve will die Gewerkschaft durchaus akzeptieren, begreiflicherweise aber keineswegs Einbußen bei der Lebensverdienstsumme, wo die Berechnungen um mehrere Hunderttausend Euro differieren! Zuletzt gab es Differenzen vor allem wegen der Berechnungsart (Stichwort: Barwert-Methode) – die

Unterrichtsministerin hat in einem Interview in der „Kleinen Zeitung“ (29.5.) ihre eigene, sehr spezielle Schmied'sche Mathematik vorgeführt.

Zum administrativen und pädagogischen Supportpersonal gibt es von Regierungsseite nicht mehr als eine grundsätzliche Zusage: Im Entwurf selber steht dazu aber nichts!

Dann legte die Regierung Ende Mai ein aus ihrer Sicht nachgebessertes Angebot vor, wonach angehende Lehrer noch fünf Jahre lang zwischen neuem und altem Dienstrecht sollten wählen können.

Am 5. Juni präsentierte schließlich die ÖVP ein von ihr so genanntes Alternativmodell, mit dem sie nach ihrer Einschätzung „den festgefahrenen Karren endlich wieder flottmachen“ wollte. Der Kernvorschlag: Es soll doch kein einheitliches Lehrerdienstrecht und Gehaltsschema geben! Das muss man der künftigen Lehrerschaft aber einmal erklären, dass Ausbildungszeit und Lehrverpflichtung für alle Schultypen gleich sind, Dienstrecht und Entlohnung aber unterschiedlich! Das bedeutet schlichtweg, am Zwei-Klassen-System weiter festzuhalten! Vom Vorschlag der unterschiedlichen Bezahlung sind die ÖVP-Sitzen – nicht zuletzt nach heftiger interner Kritik – inzwischen teilweise doch wieder abgerückt, man spricht jetzt von einer 6-jährigen Übergangszeit!? Und höchst vage bleibt die ÖVP in ihrem Vorschlag auch etwa hinsichtlich der „Präsenzzeit“, die der einzelne Lehrer an der Schule abzuleisten hat.

Der Traum von Standardisierung

Erfahrungen bei einer Englisch-Zentralmatura-Fortbildung

Als Vorbereitung zur Einführung der Zentralmatura in Österreich sind im Frühjahr 2013 etwa 40 EnglischlehrerInnen verschiedener Schulen eingeladen worden, um an einer Fortbildung teilzunehmen, die dazu dienen sollte, sich mit dem Thema Zentralmatura vertraut zu machen. Die TeilnehmerInnen an dieser Veranstaltung erhielten einen vertieften Einblick in die Planungen und Vorbereitungen zur Zentralmatura, die österreichweit in drei Jahren eingeführt werden soll. Die zugrundeliegende Idee der Zentralmatura ist, Lehrkräften und SchülerInnen eine standardisierte Maturaprüfung anzubieten, um eine objektive und möglichst gerechte Bewertung zu erreichen und international messbare Ausbildungen zu sichern.

Die Hoffnung bestand auch darin, den Aufwand der Auswertung durch die Standardisierung zu minimieren, wobei das Gegenteil der Fall sein wird.

Der neue Korrektur- und Benotungsschlüssel für schriftlich beantwortete Fragen hebt die ausstehenden Verbesserungsmöglichkeiten hervor. Pro schriftlicher Antwort ist ein Bewertungsbogen – nach oder während des üblichen Korrigierens, also zusätzlich dazu – auszufüllen, auf dessen Basis die Leistung der Prüflinge in 4 Kategorien (Task Achievement, Organisation and Layout, Lexical and Structural Range und Lexical and Structural Accuracy) mit jeweils 10 Subkategorien beurteilt werden soll. Die Hälfte der 10 Subkategorien sind mit Bewertungskriterien versehen. In den 6 Kategorien, die mit Bewertungskriterien versehen sind, gibt es genau 164 mögliche Ergebnisse zur Auswahl, wobei mindestens 24 angekreuzt und die Zwischenergebnisse durch die Ankreuzung von zwei Subkategorien erzielt werden müssen, i.e. bis auf 48 Ankreuzungen.

Nicht alle Bewertungskriterien sind aber bei allen schriftlichen Aufgaben in Betracht zu ziehen; Bewertungskriterien, die nicht mit einbezogen werden sollten, sind als 'task specific descriptors' (TSD) designiert, aber welche TSDs bei welcher Textsorte angewendet werden sollten, ist noch nicht bestimmt. Ferner hat eine verschwommene Überlappung von Bewertungskriterien zwischen den Kategorien zur Folge, dass SchülerInnen für einen einzigen Mangel mehrfach nach unten benotet werden können.

Dazu ist anzumerken, dass die Themenauswahl sich in Richtung des rein Praktischen bewegt; Briefe schreiben hat den Schnitt nicht überlebt und ist laut Multiplikator derzeit nicht vorgesehen, Postkarten- und E-mail Schreiben hingegen schon.

Bei den Übungen zu 'Short Answer Reading' und 'Listening Comprehension' fielen einige Kleinigkeiten auf, die verbesserungswürdig schienen. Unter 'Short Answer' ist eine obere Grenze von vier Wörtern vorgese-

hen, damit eine Liste von vorgegebenen Musterantworten herangezogen werden kann. Antworten, die nicht auf der Antwortliste stehen und möglicherweise richtig sind, müssen telefonisch mit dem neuen Zentralmatura-Help-Desk geklärt werden. Wer am Help-Desk sitzen wird, wie es genau funktionieren wird und wie viel Interaktion mit einem einzigen Auswerter pro Maturaprüfung vorgesehen sein wird, ist derzeit noch unklar. Die Musterantworten für Short Answers sind beschränkt in Anzahl und Flexibilität.

Dazu ein Beispiel von der Fortbildung:

Bei einer Listening Comprehension Übung lautete die Frage: "Right now Hawaii generates electricity by" (Zur Zeit erzeugt Hawaii Strom mit). Die vorgesehene Antwort im Antwortkatalog lautete "oil powered generators" (Wort-für-Wort aus dem Hörbeispiel); Antworten wie "generators powered by oil", "oil consuming generators" oder "generators burning oil", die allesamt richtig sind, aber nicht im Antwortkatalog vorkommen, müssen voraussichtlich per Telefonanruf vom Help-Desk genehmigt werden; dass diese Genehmigung mit einem "Korrektur-Code" oder Ähnlichem versehen wird, ist nahe liegend, aber noch ungewiss. Es scheint fast überflüssig, hier zu erwähnen, dass dies dann nicht nur eine Frage der korrekten Antwort ist, sondern auch des 'richtigen' Denkens – und dies in einem Fach, in dem sprachliche Kreativität gefördert werden muss.

Zuletzt ist bei einigen Übungen aufgefallen, dass schon abgesehene Fragen und Texte Schreibfehler beinhalten oder relativ unscharf formuliert werden. Dies ist sicher nicht als ein gravierender Mangel zu betrachten, da die Unstimmigkeiten allesamt als klein einzustufen sind. Die unscharfe Formulierung von einigen Fragen bei den Reading and Listening Comprehension Übungen ist jedoch der Kollegenschaft negativ aufgefallen und nach Überzeugung der anwesenden Kollegenschaft lag, um nur ein Beispiel zu nennen, für eine Frage überhaupt keine 'richtige' Antwort vor, da die Frage selbst Interpretationsspielraum ließ. Als Fragen zum Thema gestellt wurden, wie und von wem die Zentralmatura entwickelt wird, ist mitgeteilt worden, dass am ZM-Englisch-Gremium keine Universitätsprofessoren saßen und nur eine Muttersprachlerin.

Erst in einigen Jahren wird die neue Zentralmatura flächendeckend verpflichtend, und das ist gut so, denn insgesamt hat der gewährte Einblick den Eindruck hervorgerufen, dass die Zentralmatura noch wichtige Entwicklungsschritte gehen muss, bevor ein funktioneller, reibungsloser und standardisierter Ablauf der Auswertung

möglich sein wird.

Denn trotz aller Zahlen: die Auswertung eines Schriftstücks führt unweigerlich auf die Subjektivität des Auswerters zurück und eine objektive und standardisierte Beurteilung schriftlicher Ergebnisse ist in der derzeitigen Ausführung leider nur schwer nachvollziehbar. Für den Auswerter wäre eine Fortbildung, um den Bewertungsbogen "standardgemäß" auszufüllen, absolut notwendig (und solche Fortbildungen sind schon im Angebot), da die Bewertungsbögen bei den Beispielübungen unter der Kollegenschaft immer einen breiten Notenspiegel gezeigt haben.

Zu bedenken ist aber auch, dass diese Art der Zentralisierung unter dem Motto 'Standardisierung' erstens eine tiefgreifende Entmachtung und Abwertung des Auswerters (d.h. Lehrperson) zur Folge hat und dass sich zweitens die Korrekturzeit und der Aufwand für die Auswertung in Wahrheit nicht vermindert, sondern erhöht. In einer Zeit der Budgetkürzungen (flächendeckende Stundenkürzungen etc.) wird eine neue "Bildungs"-Bürokratie auf die Beine gestellt, über deren Finanzierung und Personal keine Auskünfte vorliegen und die, letztendlich, die Bildung an sich nicht verbessert.



Da ist was faul im Staate Dänemark

Können wir in Österreich aus den dortigen Vorgängen lernen?

Andreas Chvatal, chvatal@oeli-ug.at,

Was passiert, wenn ein Arbeitgeber erpresserische Druckmittel anwendet, um seine Vorhaben durchzusetzen? Richtig, er wird von der Regierung unterstützt. So geschehen in Dänemark, wo nicht nur die sozialdemokratische Premierministerin plus Regierung, sondern gleich das gesamte Parlament den Kommunen per Anlassgesetz ermöglichten, den LehrerInnen erhebliche dienstrechtliche Verschlechterungen aufzuerlegen. Die verpflichtende Anwesenheit bis 16 Uhr und die Erhöhung der Unterrichtszeit durch die Schulleitungen wurden durch eine fast vierwöchige Aussperrung der Lehrkräfte erzwungen. Während dieser Zeit wurde kräftig gegen die LehrerInnen Stimmung gemacht und es ist offenbar gelungen, deren Gewerkschaft für alle Unannehmlichkeiten der Eltern und SchülerInnen die Verantwortung zuzuschieben.

Die angewandte Strategie ist einfach und effektiv. Zuerst wird die Gewerkschaft mit unannehmbaren Forderungen konfrontiert, dann die ArbeitnehmerInnen ausgesperrt und schließlich tritt ein – bis zu diesem Zeitpunkt angeblich völlig unbeteiligtes – salomonisches Über-Es auf den Plan, stellt sich hinter die Arbeitgeber und verhilft deren Forderungen zur Durchsetzung. „Wir mussten einschreiten, um eine unhaltbare Situation zu beenden,“ sagte die Premierministerin. Warum dabei den Wünschen der Arbeitgeber vollständig entsprochen werden musste, bleibt ihr Geheimnis. Auch jeder anderslautende Schiedsspruch hätte die Aussperrung beendet. Aufgrund dieser Vorgangsweise hat der Dialog als Mittel der Entscheidungsfindung im dänischen Schulsystem wahrscheinlich ausgedient. Wer wird die Gewerkschaft noch fragen, wenn er quasi mit Regierungsunterstützung aussperrt darf?

Die dänische LehrerInnen-Gewerkschaft ist offenbar nicht mehr in der Lage zu reagieren. Medial diskreditiert und politisch düpiert kann sie wohl kaum den einzig kon-

sequenten Schritt setzen, nämlich eine Arbeitsniederlegung bis die Zumutungen zurückgenommen sind. Die Streikbereitschaft der dänischen KollegInnen wird nach mehr als drei Wochen ohne Bezahlung ohnehin nicht besonders ausgeprägt sein. Eine diesbezügliche Befragung der Gewerkschaftsbasis wäre aber trotzdem sinnvoll. Selbstachtung ist auch in der Niederlage wichtig.

Beim Recherchieren in der englischsprachigen dänischen Presse fand ich ein interessantes Posting. „Es ist schade, dass man die ganze Bande (= die dänischen Lehrkräfte) nicht entlassen kann, so wie es damals Reagan mit den Fluglotsen gemacht hat,“ schrieb ein Menschenfreund. Ein Hinweis, über den es sich lohnt, nachzudenken. Bekanntlich hatte Reagan, als die amerikanischen Fluglotsen streikten, Glück und eine ausreichende Zahl von Ersatzleuten zur Verfügung, denen er als Oberkommandierender der US Army einfach befehlen konnte, sich als Streikbrecher zu betätigen. Übertragen etwa auf den österreichischen Bildungsbereich würde das bedeuten, dass im Fall der Fälle 120 000 ErsatzlehrerInnen gebraucht würden – allesamt befehlsgebunden, versteht sich. Wenn also ALLE österreichischen LehrerInnen langfristig ausgesperrt oder gleich gefeuert würden, hätten sie wenigstens die Genußtuung, der Regierung beim Versuch 120 000 Ersatzlehrkräfte zusammenzutrommeln, zusehen zu können. Für Unterhaltung wäre also gesorgt. (Natürlich wird das nicht geschehen, nicht einmal in Dänemark.) Dänemark ist kein Einzelfall. Überall wird versucht, die Arbeit der öffentlich Bediensteten und anderer ArbeitnehmerInnen billiger zu machen. Probate Mittel dafür sind Lohnkürzungen und/oder Arbeitszeiterhöhungen. LehrerInnen sind aufgrund der besonderen Arbeitszeitregelungen, die nirgendwo auf der Welt mit

anderen Berufsgruppen vergleichbar sind, ein besonders lohnendes erstes Ziel für derartige Tendenzen. Gängige Vorurteile, Vereinfachungen und Unwahrheiten werden eingesetzt, wenn es darum geht, LehrerInnen Verschlechterungen zuzumuten. In Österreich kann sich damit sogar einer wichtig machen, der ansonsten vom Herunterbeten seiner Uralt-Argumente nicht mehr leben könnte. Sein Name ist unwichtig. „Die Regierung sollte überhaupt nicht mit der Gewerkschaft verhandeln,“ meinte er, in der Hoffnung, sich damit zu profilieren. Der Möchtegernexperte fordert nicht weniger als die Aufgabe der Sozialpartnerschaft.

Exkurs Sozialpartnerschaft: Der Staat Österreich hat sich unter intensiver Anwendung der Sozialpartnerschaft, von dem Trümmerhaufen, der er 1945 war, zu einem der zehn reichsten Länder der Welt entwickelt. So falsch kann die Idee Sozialpartnerschaft“ also nicht sein. Möglicherweise ist sie auch nicht (mehr) ganz so richtig. Aber was auch immer ihre Fehler sein mögen, keinesfalls darf sie infrage gestellt werden, um opportunistischen Profilierungsneurosen aus Politik und Medien die Selbstdarstellung zu erleichtern.

Auch die österreichische Regierung hat in ihrem Bestreben, durch ein neues Dienstrecht bei den neu eintretenden LehrerInnen kräftige Einsparungen zu erzielen, bereits angedroht, dass dieses Dienstrecht auch ohne Zustimmung der Gewerkschaft kommen könnte. Wirtschaftsminister Mitterlehner hat sich klar für eine solche Vorgangsweise ausgesprochen. (Nicht unpeinlich übrigens für den besagten Pseudo-Experten. Seine Ratschläge sind abgekupfert, noch dazu von jenen an die sie gerichtet sind.)

Österreich ist nicht Dänemark. Noch nicht. Noch wird nicht ausgesperrt, sondern verhandelt, wenn auch unter strikter Geheimhaltung, die von Regierungsseite nach Gutdünken eingehalten wird oder auch nicht. Ein Kompromiss scheint möglich. Die Regierung könnte sich – vorerst(!) – mit einem kleinen Sparpaket zufrieden geben, die Gewerkschaft könnte sich – wieder einmal – dafür loben, Schlimmeres verhindert zu haben. Eines scheint sicher: Bald nach der Nationalratswahl im September wird die Sache erneut angeheizt. Aussperrungen sind in Österreich nicht nötig. Die Geheimverhandlungen zum neuen Dienstrecht werden einfach zum Dauerzustand erklärt, und in regelmäßigen Abständen gibt es ein neues kleines Sparpaket, mit inkludiertem gewerkschaftlichen Eigenlob wegen Abwehr von Schlimmerem, so lang, bis dänische Zustände erreicht sind.

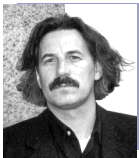
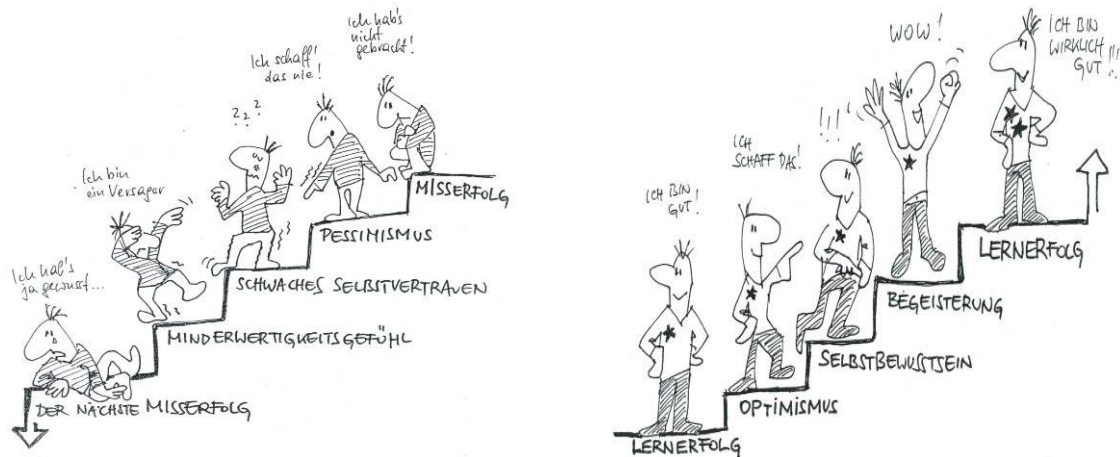
Im Ernst: Die Gewerkschaft muss sich überlegen, wie sie vorgehen wird, um nicht den Fehler der dänischen KollegInnen zu wiederholen. An sich ist das sehr einfach. Es muss nur festgestellt werden, ob Streikfähigkeit gegeben ist – ja, eindeutig! – und wie sie noch optimiert werden kann. Monatelange Geheimverhandlungen werden sich dabei als hinderlich erweisen. Wenn die Gewerkschaft aktionsfähig sein will, müssen die MandatarInnen der Bundesvertretungen bestmöglich informiert sein. Über eine weitreichende Entscheidung wie ein neues Dienstrecht, muss eine gewerkschaftliche Urabstimmung frühzeitig angekündigt und durchgeführt werden. Blicke noch die Frage des Timings. Dänemark zeigte, dass es sich NACH Aussperrungen ausgesprochen schlecht streikt.

Fortsetzung von Seite 3

Dafür wird einmal mehr der Ausbau der Lehrerarbeitsplätze an den Schulen in Aussicht gestellt – das soll aber ganz ohne Kosten abgehen, wie Fekter weiß. Erstaunen muss auch der Rest der ÖVP-Alternativen hervorrufen. Die schwarzen Lehrgewerkschafter, die zuletzt noch verlautbarten, man habe keine Eile und einen „langen Atem“, hingegen haben der Mutterpartei signalisiert, man könne sich jetzt doch einen raschen Beschluss eines neuen Dienstrechtes vorstellen! Dazu kann man nur feststellen, dass es nicht das erste Mal wäre, würden sie aus „Parteidisziplin“ klein beigeben und sich zum Schaden der Berufsgruppe ködern lassen!

Mittlerweile gab es das 28. Gipfeltreffen, diesmal wieder mit den Ministerinnen Schmied, Heinisch-Hosak und Fekter, das einmal mehr kein wesentliches Ergebnis zeitigte. Vor der Sommerpause will man sich tatsächlich nochmals treffen! Schon vor einiger Zeit hatte der Bundeskanzler selber angekündigt, in Aktion treten zu wollen. Noch in quasi allerletzter Minute vor der Nationalratswahl im Herbst will er den gordischen Knoten durchschlagen, auf dass ein neues Lehrerdienstrecht endlich das unruhig flackernde Licht der österreichischen Schulwelt erblickt.

Nicht übersehen werden sollte auf alle Fälle: Von einem neuen Dienstrecht wird in der Folge auch das „Altpersonal“, wie Beispiele in anderen Ländern zeigen, keineswegs unbehelligt bleiben! In den letzten Jahren schon hat es Verschlechterungen gegeben (Prüfungstaxen!). Mit weiteren Verschärfungen ist somit zu rechnen (z.B. Wegfall des Aufwertungsfaktors an Höheren Schulen für Berufstätige)



Lehrerausbildung NEU

Die Eckpunkte der geplanten Reform.

Eine Zusammenstellung von Harald Miesbacher

Ende Mai fixierte die noch amtierende SPÖ-ÖVP-Koalition im Ministerrat die Eckpunkte einer Reform der Lehrerausbildung. Vorangegangen war ein mehr als vierjähriger Diskussions- und Verhandlungsprozess im schulpolitischen Vorfeld (Experten- und Vorbereitungsgruppe, Entwicklungsrat). Noch in der knappen Zeit dieser Legislaturperiode soll die Reform, die das bildungspolitische Kernprojekt der letzten Jahre darstellt und mit der aus der Sicht der Politik eine entscheidende Qualitätsanhebung der Pädagogenausbildung angestrebt wird, auch das Parlament passieren, um sodann ab 2014/15 stufenweise umgesetzt zu werden.

Vorgesehene Änderungen sind:

- Grundprinzip ist die Gleichwertigkeit der Lehramtsausbildung, die dennoch differenziert sein soll, d.h. die Ausbildung ist auf die Altersgruppe bzw. „Bildungshöhe“ der zu unterrichtenden Schüler abgestimmt
- Struktur: Gemäß dem (europäischen) Bologna-Modell gibt es auch für Lehramtsstudenten ein Bachelor- und darauf aufbauendes, ergänzendes Master-Studium
- Vereinheitlichtes mehrstufiges Eignungs- bzw. Aufnahmeverfahren zu Studiumsbeginn (ab nun nicht nur für PH-Anfänger)
- Ausbildungsdauer: Das Bachelor-Studium dauert 4 Jahre und ist für Pädagogen sämtlicher Schultypen (Volksschule und NMS/AHS = Lehrer für 10-18-Jährige) obligatorisch – es kann an Pädagogischen Hochschulen oder an Universitäten (oder im Verbund beider) absolviert werden.
- Der Bachelor-Abschluss berechtigt zur Berufsausübung. Erforderlich aber ist eine ein- bis zweijährige „Berufseinstiegsphase“ (= Induktionsphase, entspricht altem Probejahr), in der dem Berufaspiranten ein Mentor (= bisher Einführender) beigelegt wird
- Für den Master-Abschluss sind weitere 2 (Volksschule) bzw. 3 (NMS/AHS) Semester notwendig. Für eine Fixanstellung ist der Master Voraussetzung! Das Masterstudium kann auch berufsbegleitend – also etwa während der Induktionsphase – absolviert werden.
- Erleichterte Um- bzw. Einstiegsmöglichkeiten für Quereinsteiger (= Angehörige von diversen Berufsgruppen) in den Schuldienst, denen Teile ihrer Universitäts- bzw. Fachausbildung und beruflichen Fachpraxis angerechnet werden sollen. Allerdings ist ein bildungswissenschaftliches (pädagogisch-didaktisches) „Aufbaustudium“ zu absolvieren, ebenso muss eine begleitende Induktion (mit positivem Abschluss) durchlaufen werden

Einen „ersten historischen Schritt für die pädagogische Ausbildung“ nannte Wissenschaftsminister Töchterle die Reform der Pädagogenausbildung. Für die nach dem eher flau laufenden NMS-Projekt (und sich in die Länge ziehenden Verhandlungen um das neue Lehrerdienstrecht) vorsichtig gewordene Bildungsministerin Schmied immerhin ein „wichtiges Etappenziel“.

Ein langjähriger Diskussionsprozess scheint fürs Erste einmal zu einem Ende gekommen zu sein – ob zu einem glücklichen, bleibt freilich äußerst zweifelhaft! Unbestritten gibt es auch nach dem Ministerratsbeschluss unzählige offene Fragen für die konkrete Umsetzung der Reform – abgesehen davon, dass viele Punkte von der nach wie vor umkämpften Dienst- und Besoldungsrechtsreform betroffen sind. Auf die strittigsten Punkte hat unlängst in einem Kommentar für die deutsche Wochenzeitschrift „Zeit“ der Wiener Erziehungswissenschaftler Karl Heinz Gruber hingewiesen. Er nannte den Reformentwurf wohl nicht ganz zu Unrecht ein „Produkt aus bildungspolitischen Altlasten, Halbherzigkeit, Sparsamkeit am falschen Platz und den klassischen Kompromissen einer Koalition aus SPÖ und ÖVP“.

Als Reformdefizite sind anzusehen:

- Vorschulpädagogen sind auch weiterhin nicht in eine hochschulische/akademische Ausbildung einbezogen. Ein „Lehramt für Elementar-und/oder Primarpädagogik“ wird es vorerst nicht geben – die Vorschulpädagogik fristet somit auch künftig ein Dasein im bildungspolitischen Niemandsland
- bestehen bleibt auch die (teure) Doppelgleisigkeit der Lehrerausbildung: Universität – Pädagogische Hochschule
- mit der PH wird an einer Ausbildungsinstitution festgehalten, die mit dem Makel eines „Geburtsfehlers“ behaftet ist und die nach wie vor Probleme mit ihrer Reputation hat
- der verordnete Kooperationszwang zwischen Uni und PH birgt erhebliches Konfliktpotential – hier die autonome Uni, da die PH als weitgehend weisungsgebundene, zur Umsetzung schul-, gar parteipolitischer Vorhaben verpflichtete „Außenstelle“ des Bildungsministeriums
- das problematische Auswahlverfahren zu Studienbeginn – schon die bisherigen PH-Selektionsmodi dienten eher als Steuerungsinstrument für die Studentenzahlen und könnten hinkünftig als solches für den Lehrerbedarf überhaupt verwendet werden

Frühe Berufsentscheidungen durch eingeschränkte Fachstudienlehrgänge gelten international mittlerweile als obsolet – dahingehend zeichnet sich längst ein Umdenken in Richtung berufsoffene Studien ab.



Ein Herz für STELI

Unsere Spendennummer:

Steiermärkische Sparkasse

BLZ: 20815

Empfänger: STEIERMÄRKISCHE LEHRERINITIATIVE
UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTER

Kontonummer: 04000601429

